

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 4 1/2 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Rthl. 15 Sgr., auswärts 1 Rthl. 20 Sgr. Inserionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Danzig die Expedition (Berbergasse 2), in Leipzig Heinrich Hübnert.

Danziger



Zeitung

Organ für Handel, Schiffahrt, Industrie und Landwirtschaft im Stromgebiet der Weichsel.

Amtliche Nachrichten.

Seine Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben Allergnädigst geruht:

Dem bisherigen Großherzoglich Hessischen Geschäftsträger, Legations-Rath v. Biegeleben, am 18. November in Allerhöchster Ihrem Palais eine Privat-Audienz zu erteilen und aus dessen Händen ein Schreiben Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein entgegen zu nehmen, worin derselbe in der Eigenschaft eines Minister-Residenten am Königl. Hofe beglaubigt wird.

Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht:

Den Geheimen Legations-Rath von Gruner zum Wirklichen Geheimen Legations-Rath und Unter-Staatssecretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen; und dem praktischen Arzt Dr. Carl Friedrich Julius Erhard in Berlin, den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Es ist mir nicht entgangen, wie bei Gelegenheit der Versammlungen zur Vorbereitung der Wahlen zum Abgeordneten-Hause Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck gelangt sind, deren Erfüllung die gegenwärtigen Organe der Staatsregierung auf Grund ihrer mit Wissen und Willen der Königlichen Macht sich gestellten Aufgabe entschieden abzulehnen verpflichtet sind.

Ich sehe mich daher veranlaßt, Ew. Hochwohlgeboren ernstlich darauf aufmerksam zu machen, daß diesen irrthümlichen Meinungen und Ansprüchen und solchen das Maß einer richtigen Würdigung der Verhältnisse und Bedürfnisse überschreitenden Erwartungen auf jedem gesetzlichen Wege überall entgegengetreten und namentlich auf eine solche Auffassung der öffentlichen Zustände hingewirkt werde, welche dem Bestreben der Staatsregierung nach einer besonnenen und ihres Zieles sich bewußten Befriedigung der wahren Bedürfnisse des Landes entgegenkommende Unterstützung angeben läßt. Hieraus werden Ew. Hochwohlgeboren den von der Staatsregierung eingenommenen Standpunkt erkennen, daß es sich nämlich nicht darum handelt, alle jene Traditionen aufzugeben, welche die Grundlage zur Größe und Machtstellung Preußens bilden; alle derartigen Bestrebungen und Zumuthungen wird die Staatsregierung vielmehr in dem Bewußtsein ihres Rechts zurückweisen, so wie sie überhaupt nicht geneigt sein kann und wird, irgend eine Ausschreitung, wozu sich auch richten möchte, zu gestatten.

Ew. Hochwohlgebornen werden dieser Eröffnung eine entsprechende und wirksame Verbreitung zu sichern wissen.

Berlin, 17. November 1858.

Der Minister des Innern.
(gez.) Flottwell.

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten Herrn von Blumenthal Hochwohlgeboren zu Danzig.

Vorstehendes Rescript bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Danzig, 19. November 1858.

Der Regierungs-Präsident
von Blumenthal.

Deutschland.

Berlin, 19. November. Nach einer telegraphischen Depesche aus Verona sind Ihre Majestäten der König und die Königin, nebst Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Alexandrine, daselbst wohlbehalten eingetroffen.

Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen traf gestern Abend 9 1/2 Uhr, von Düsseldorf kommend, mit dem Kölner Schnellzuge im erwünschten Wohlsein hier ein und wurde bei Höchster Ankunft auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhofe von Ihren Königl. Hoheiten dem Prinz-Regenten, dem Prinzen Friedrich Wilhelm und Sr. Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen empfangen. Ihre Königl. Hoheit unterhielt sich in den königlichen Wartezimmern einige Zeit auf das Huldwollste mit dem anwesenden Personen und begab sich dann mit Ihren Königl. Hoheiten dem Prinz-Regenten und dem Prinzen Friedrich Wilhelm in das Palais, wo Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm die hohe Frau begrüßte. Ihre Königl. Hoheiten nahmen darauf zusammen das Souper ein.

Herr Kobbertus zeigt der „Volkszeitung“ an, daß er jedes Mandat ablehnen und also nicht nach Berlin kommen werde.

Berlin, 18. Nov. In Folge eines Uebereinkommens zwischen dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe &c. und dem Herrn Finanzminister, soll die Portofreiheit, welche den Salzsekreten für Briefe und Gelder ihres Selbsteigenthums zugesichert ist, noch bis zum Ende des Jahres 1859 Anwendung finden. Es ist nämlich Seitens der Postverwaltung in letzter Zeit eine Revision der Portofreiheitsverhältnisse vorgenommen, und sind bereits mehrere an Privat-Bereine zugestandene Vergünstigungen der Portofreiheit aufgehoben worden. Eine weitere gründliche Revision dieser Portofreien soll noch zu erwarten sein, wobei dem Vernehmen nach der Grundsatz maßgebend sein soll, die Portofreiheden nur in reinen Staats-Angelegenheiten Anwendung finden zu lassen, dagegen namentlich die der Vereine und Privat-Personen möglichst zu beschränken.

Düsseldorf, 16. November. Wie man der „Elberfelder Zeitung“ meldet, ist in Düsseldorf ein Comité zusammengesetzt, welches sich die Aufgabe setzt zur Errichtung eines Handels- und Gewerbe-Vereins für Rheinland und Westfalen im Bereich

beider Provinzen die Theilnahme an einer zu diesem Zwecke am 1. Dezember d. J., Morgens 10 Uhr, hier anberaumten Versammlung anzuregen.

Wien, 17. November. Die heutige Nummer der „Dester. Ztg.“ ist wegen eines Artikels gegen die „Frankf. Postz.“ confiscirt worden. Es scheint also, daß man sich hier selbst der ausländischen, von officiös österreichischen Einflüssen beherrschten Presse annehmen wolle, auch wenn dieselbe wie diesmal der Fall gewesen, der einheimischen Journalistik eben so rücksichtslos wie ohne Grund an den Hals geht. Die „Frankf. Postz.“ brachte nämlich längere Mittheilungen aus einem Privatbriefe, in welchem unserer Presse geradezu alle Kompetenz zur Beurtheilung öffentlicher Fragen abgesprochen und ihre gegenwärtige Haltung als eine gänzlich verwehrte, den obrigkeitlichen Zorn mit vollem Recht verdienende dargestellt wird. Dagegen erhob sich nun die „Dester. Ztg.“ in sehr gemäßigter und vorsichtiger Weise, wie dies unter den schwebenden Verhältnissen geboten ist. Die Beschlagnahme hat nun gezeigt, daß auch dies noch zu viel war, als daß es vertrauen werden konnte. Die Lage der Presse in Oesterreich ist allerdings eine beklagenswerthe; nichts desto weniger sind Schilderungen derselben, wie sie neustens in mehrere auswärtige Blätter den Weg gefunden haben, etwas übertrieben. Wenn man glauben wollte, die leitenden Staatsbehörden seien sammt und sonders der Presse feindlich gestimmt, so irte man entschieden. Das Verbot einer Besprechung unserer Valutafrage ist ergangen und ausdrücklich nur auf einige Tage ausgedehnt worden; es ging nicht, wie man allgemein glaubte, vom Finanzministerium aus, vielmehr hat dieses letztere bereits gestern oder vorgestern auf die Aufhebung des Verbots bei der Polizeibehörde angetragen. Ob eine solche schon vollzogen wurde, kann ich Ihnen nicht mittheilen; aber Thatsache ist, daß die eben erwähnte Aufforderung vom Finanzministerium ergangen ist. Was den vom Correspondenten der „Köln. Z.“ angegebenen Ministerrath betrifft, in welchem das Verbot beschlossen worden sein soll, so hat ein solcher nicht stattgefunden.

Die Mehrzahl der Glieder der Familie Rothschild verweilt gegenwärtig in Wien, um an der nächsten Mittwoch stattfindenden Vermählung der Baroness Louise Rothschild mit Baron Francketti beizuwohnen.

Eine unter dem Titel: „Feierabend“, hier erscheinende Wochenschrift ist bis Neujahr suspendirt worden. — Ihre Majestäten waren heute Nachts, wie es heißt, in Brünn abgestiegen und werden noch im Laufe des heutigen Tages hier erwartet.

Prag, 17. November. (Böh.) Den Festlichkeiten, welche die Anwesenheit der allerh. Herrschaften in Prag hervorruft, schloß sich gestern eine überaus glänzende Truppen-Revue an. Um dieselbe großartiger gestalten zu können, war die hiesige Garnison durch drei eigens herbeigezogene Infanterie-Bataillone und drei Cavallerie-Escadrons verstärkt, und so gelangte denn eine Truppenmacht von 13 Infanterie-Bataillonen, zwei Cavallerie-Divisionen und fünf Batterien zur Entfaltung. Die Truppen rückten en pleine parade ohne Mäntel, mit Feldzeichen geschmückt, mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen aus und stellten sich auf der zweiten Invalidenwiese in fünf Treffen auf. Vier Treffen bestanden aus lauter Infanterie, das fünfte bildeten je eine Division Kadesky-Husaren und Windischgrätz-Dräger, dann zwei Cavallerie- und drei Fußbatterien. Nachdem die Truppen ihre Aufstellung genommen hatten, übernahm der Commandirende FML. Graf Clam-Gallas das Commando und erwartete an der Spitze der Truppen die Ankunft Sr. K. K. Majestät und der erlauchten Gäste. Die Kaiserliche Suite, worunter die Erzherzöge Albrecht, Joseph und Ernst, und alle hier anwesenden Generale harrten beim Invalidenhause. Schlag 11 Uhr kamen die allerhöchsten Herrschaften in offenen Hofwagen herangefahren. Sr. K. K. Majestät trug die Feldmarschalls-Uniform, Sr. Maj. der König von Sachsen die österreichische Cuirassier-Obersten-Uniform, der Kronprinz von Sachsen die Infanterie-Obersten-Uniform. Im Hofe des Invalidenhauses besaßen Sr. K. K. Majestät und dessen erlauchte Gäste mit ihrer Begleitung die bereit gehaltenen Reitpferde und ritten, von der glänzendsten Suite gefolgt, zum Aufstellungsplatz hin. Dort mit den höchsten militärischen Ehren empfangen und mit den Klängen der sächsischen Volkshymne begrüßt, ritten die allerhöchsten Herrschaften die schnurgeraden Fronten der aufgestellten Truppen ab und ließen dieselben sodann defiliren. Die anwesenden Regiments-Inhaber führten hierbei ihre Regimenter selbst vor. Die Revue dauerte etwa eine Stunde. Nach der Revue besaßen die Majestäten im Invalidenhause wieder die Hofwagen und fuhren nach der kaiserlichen Burg zurück. Eine ungemein zahlreiche Volksmenge hatte sich zu dem militärischen Schauspiel eingefunden und begrüßte die allerhöchsten Herrschaften sowohl bei der Ankunft, als auch bei der Abfahrt mit enthusiastischen Hochrufen.

Hamburg, 16. November. (Pr. Z.) Wenn bisher von der Stellung, welche die verschiedenen bürgerlichen Behörden den Rathsanträgen über Trennung der Justiz von der Administration gegenüber einnahmen, die Rede war, so wurden jederzeit Oberalten und Kammern als entschiedene Gegner des Projectes genannt und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil beide Körperschaften den Senatsvorschlag, Mitgliedern des Senats Sitz und Stimme in der Kammer einzuräumen, glauben bekämpfen zu müssen. Dieser beiden rein bürgerlichen Körperschaften reißt sich, wie die „Weser-Zeitung“ vernimmt, als dritter, nicht minder einflußreicher Gegner die Commerzdeputation an. Es beantragt nämlich der Rath, wie in der Kammer, so auch in der Commerz-

deputation, durch stimmberechtigte Mitglieder aus seinem Schooße vertreten zu sein, von denen das eine Rathsmittelglied den Vorsitz in der Deputation zu führen habe. Dieser beantragten Aenderung glaubt die Commerzdeputation widersprechen zu müssen, und zwar unter Berufung auf Gründe der Zweckmäßigkeit. Gerade der Umstand, daß die Commerzdeputation keine eigentliche Staatsbehörde sei, habe es erfahrungsmäßig bisher möglich gemacht, daß manche Angelegenheit im Interesse des hiesigen Handels zur Sprache gebracht und gefördert sei, welche den gegebenen Verhältnissen zufolge nicht wohl von dem hamburgischen Staate oder einer hiesigen Behörde in die Hand genommen werden konnte. Auch sei die Zweckmäßigkeit selbstständig beratender Handelskammern ohne Zuziehung von Delegirten der Regierung so allgemein anerkannt, daß man selbst in Staaten, wo die Regierung sonst jede freiere Bewegung des Gemeinwesens ängstlich zu vermeiden suche, ja selbst in Frankreich die Handelskammern ohne Mitwirkung von Regierungsbevollmächtigten tagen und beschließen lasse. Die Commerzdeputation glaubte daher, neben einer Handelsbehörde aus Mitgliedern des Raths und der Commerzdeputation die Belassung der bisherigen Commerzdeputation in ihrer selbstständigen Stellung befürworten zu müssen, worauf jedoch der Rath nicht eingegangen ist.

Frankreich.

Paris, 17. November. Der „Moniteur“ meldet, daß die Kaiserin Eugenie im Schlosse von Compiègne am 14., als an ihrem Namenstage, die Huldbigungen der Minister des Kaisers empfangen habe, daß Abends Prinz Napoleon und die Prinzessin Mathilde der Kaiserin Glück gewünscht und hierauf die Beamten und Damen des kaiserlichen Hauses vorgelassen wurden; ferner daß der Kaiser am 15. eine Musterung gehalten, welcher die Kaiserin auf der Terrasse des Ehrenhofes anwohnte, daß hierauf die Königin Christine der Kaiserin einen Besuch machte und um 5 Uhr Abends nach Paris weiter reiste, so wie daß Abends ein großes Diner im Schlosse gegeben und ein Feuerwerk im Park abgebrannt wurde.

Es giebt wohl kaum ein Cabinet, das gegenwärtig gesucht wäre, als das preussische. Sowohl von Wien als von Paris wird das berliner Cabinet mit Aneerbietungen und Complimenten überhäuft. Hier fürchtet man eine zu große Annäherung zwischen Oesterreich, Preußen und England, und in Wien hat man Angst, die Freundschaft zwischen England und Preußen könne Frankreich, das sich neuerdings wieder so nachdrücklich an jenes schließt, zu Gute kommen.

(K. Z.) Die Missionen der Jesuiten entfalten, wie die „Patrie“ meldet, in diesem Augenblicke große Thätigkeit; fünf haben sich nach Syrien, acht nach China, andere nach Madura und Madagascar eingeschifft.

Vierzig der ersten Häuser von Havre richteten an die Handelskammer dieser Stadt eine Adresse, worin sie bitten, die Beachtung der kaiserlichen Regierung auf die großen Nachtheile zu lenken, welche die dermalige Lage Mexiko's für den französischen Handel nach sich zieht. „Nicht nur“, heißt es in dieser Eingabe, „der Handel ist vernichtet, sondern auch die Sicherheit der Personen ist in dem herrschenden Zustande schwer gefährdet.“ Die Anhäufung der importirten Waaren in den Häfen ist von unberechenbarem Werthe; die Beziehungen mit dem Innern sind unmöglich geworden; Banden durchziehen das Land stehend und plündernd unter dem Namen von Soldaten der Regierung — nur durch baldige Intervention der europäischen Mächte kann diesem traurigen Zustande abgeholfen werden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 14. November. Ein angesehenes schwedischer Verfasser beabsichtigt von Neujahr an zwei Mal monatlich ein Unionsblatt herauszugeben, dessen eine Hälfte in schwedischer, die andere in norwegischer Sprache geschrieben werden wird. Das Blatt wird sich mit Politik, Literatur und Kunst beschäftigen, jegliche Polemik aber vermeiden. Der Herausgeber soll hier zu Lande für sein Unternehmen angesehen literarische Kräfte gewonnen haben. — Die hiesige Nachtwache ist bedeutend verstärkt worden, weil in der jüngsten Vergangenheit unzählige Brandstiftungen versucht worden sind. Man glaubt, daß sämtliche hier thätige in- und ausländische Feuerversicherungs-Gesellschaften sich in die aus jener Maßregel erwachsenen Kosten theilen werden.

Danzig, den 20. November 1858.

* Wie wir vernehmen, wird morgen eine Deputation sich nach Berlin begeben, um Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Wilhelm das als Geschenk der Stadt Danzig hieselbst von den Herren Stumpf und Roggatz gearbeitete silberne Schiff mit der Bitte um Annahme desselben zu überreichen.

* Bei der gestern Abend im Saale des Gewerbehauses stattgefundenen Versammlung der Wahlmänner des Danziger Stadtkreises behufs Ausstellung von Candidaten zur Wahl dreier Landtags-Abgeordneten, welche Versammlung von Hrn. Koepff eröffnet und auf den Wunsch der Meisten auch geleitet wurde, nahm man von verschiedenen Anträgen zunächst den an, daß nur über diejenigen Personen eine Diskussion stattfinden solle, welche von mindestens 30 der Anwesenden unterstützt würde. Von Ausstellung einer bestimmten Anzahl von Candidaten nahm man Abstand, beschloß aber, über die vorgeschlagenen und hinlänglich unterstützten Candidaten abzustimmen, um die Stimmung der Danziger Wahlmänner kennen zu lernen. Die Abstimmung ergab, daß von 190 Anwesenden sich (in approximativen Zahlen) für

